

Giuseppe De Rosa SJ

Die Kommunistische Partei Italiens

Die Kommunistische Partei Italiens (KPI) stellt heute die Italiener und insbesondere die italienischen Katholiken vor eine Reihe schwerwiegender Fragen. Sie behauptet, eine „andere“ Kommunistische Partei zu sein und einen „anderen“ Kommunismus anzustreben. Kann man diesen Behauptungen glauben? Ist ein „anderer“ Kommunismus möglich? Ist die KPI wirklich eine „andere“ Partei und wenn ja, in welchem Maß? Ist sie es in einem solchen Maß, daß sich die anderen demokratischen Parteien mit ihr verbünden und daß auch die Katholiken ihr angehören können? Die KPI spricht vom „historischen Kompromiß“. Was bedeutet dieser Begriff? Welche Motive veranlassen die Partei, ihn den Katholiken vorzuschlagen? Welche Ziele verfolgt sie damit? Kurz, was meinen die Kommunisten mit dem „italienischen Weg zum Sozialismus“?

Die Antwort auf solche Fragen ist nicht einfach. Sie kann nur versucht werden auf dem Hintergrund der geschichtlichen Entwicklung der KPI.

Die KPI von der Gründung bis zur Wende von Salerno (1921–1944)

1917 brach in Rußland die Oktoberrevolution aus. 1919 wurde die Dritte, Kommunistische Internationale (Komintern) gegründet, die an die Stelle der Zweiten, sozialistischen oder sozialdemokratischen Internationale trat. In den Jahren 1919 und 1920 schien auch in Italien eine Revolution nach dem Muster der sowjetischen möglich zu sein. Die Italienische Sozialistische Partei, die alle Kräfte der Linken sammelte, war jedoch eine grundsätzlich reformistische und parlamentarische Partei.

Aus diesen Gründen trennten sich die Kommunisten von der Sozialistischen Partei. Obwohl sie nur eine verhältnismäßig geringe Anhängerschaft hatten (58 000 Stimmen von 216 000), gründeten sie am 21. Januar 1921 beim 17. Kongreß der Sozialisten in Livorno eine neue, leninistische und revolutionäre Partei als Sektion der Dritten Internationalen. Sie übernahmen die 21 Punkte, die für die der Dritten Internationalen angehörenden Kommunistischen Parteien als wesentlich festgelegt waren, und formulierten in zehn besonderen Punkten ihr Programm. Einige davon sind für das Verständnis der Entwicklung dieser Partei in jenen Jahren von besonderer Bedeutung:

3. „Das Proletariat kann die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, von denen seine Ausbeutung kommt, weder brechen noch ändern ohne die gewaltsame Niederwerfung der Macht der Bourgeoisie.“ Das heißt, daß sich die Partei für den revolutionären Weg entschieden hat.

4. „Das unentbehrliche Werkzeug des revolutionären Kampfs ist die politische Klassenpartei.“ Es wird sich zeigen, wie dieser Punkt modifiziert wird.

6. „Nach der Niederwerfung der bürgerlichen Partei kann sich das Proletariat als herrschende Klasse nur organisieren durch die Zerstörung des Apparats des bürgerlichen Staats und die Errichtung der eigenen Diktatur unter Ausschluß jeglichen politischen Rechts der bürgerlichen Klasse.“ Auch dieser Punkt wird in Zukunft Änderungen erfahren.

Darüber hinaus betrachtete die Kommunistische Partei in ihrer ersten Periode den Faschismus als ein vorübergehendes Phänomen ohne jede Möglichkeit eines längeren Bestehens. Die Erhebung des Proletariats hingegen glaubte sie unmittelbar bevorstehend. Sie stand damals unter dem Einfluß ihres extremsten Flügels. Wichtigster Führer und eigentlicher Gründer war Amedeo Bordiga, ein Ingenieur aus Neapel. Antonio Gramsci, Palmiro Togliatti und die anderen spielten bei der Gründung und Leitung der Partei eine weniger wichtige Rolle.

Auf dem dritten Parteikongreß 1926 in Lyon setzte sich jedoch die Linie Gramsci-Togliatti-Terracini durch. Sie war weniger extrem und radikal, wenn auch nach wie vor leninistisch. Vor allem suchte sie Verbündete. Schon dies änderte die Situation, weil ja die Kommunistische Partei aus einem Bruch mit der Sozialistischen entstanden war. Jetzt suchte sie einen „Pakt der Aktionseinheit“ mit der Sozialistischen Partei und mit der Aktionspartei.

Schon damals tauchte ein neues Prinzip auf, das sich später weiterentwickelte: die These des „historischen Blocks“ („*blocco storico*“) zwischen den Arbeitern des Nordens und den Bauern des Südens, zwischen Marxisten und Katholiken. In einem wichtigen Artikel in „*Lo stato operaio*“ vom 1. Dezember 1938 spricht Togliatti zu den Katholiken von der „*ausgestreckten Hand*“ („*mano tesa*“). Er ist jetzt überzeugt, daß die Kommunistische Partei nur durch ein Bündnis mit den Katholiken den Faschismus stürzen und die Macht in Italien erringen kann.

Außerdem gewann jetzt die These von der Eroberung des Staats durch die Eroberung der Gesellschaft wachsende Bedeutung. Dieses von Gramsci entwickelte Prinzip hat der heutige Kommunismus mit großer Energie in die Tat umgesetzt. Es besagt, daß man zur Erringung der Macht im Staat von unten beginnen muß, daß man also versuchen muß, in der Gesellschaft maßgebenden Einfluß zu gewinnen. Die Kommunistische Partei muß zur Macht gelangen mit dem „Konsens“ der Gesellschaft, in der sie vorher eine kulturelle und moralische Vorherrschaft (Hegemonie) errichtet hat – eine Entwicklung, die sich heute vollzieht.

Gramsci formulierte dann die These von den „organischen Intellektuellen“. Das heißt: Die Partei darf nicht nur aus der Arbeiterklasse bestehen. Auch die Intellektuellen müssen ihr „organisch“ angehören, nämlich für die kulturelle Hegemonie der Partei arbeiten. Ja, die ganze Partei müsse ein „intellektuelles Kollektiv“ sein.

1926 wurde Gramsci verhaftet. Seit 1925 waren in Italien alle politischen Parteien verboten. Die Kommunistische Partei lebte bis 1944 im Untergrund. Dem Faschismus

gelang es, die Kader der Partei zu zerstreuen und zahlreiche Kommunisten zu verhaften. Andere emigrierten nach Frankreich oder gingen nach Rußland: Togliatti lebte vier Jahre in Rußland; in den Jahren der stalinistischen Säuberungen (1936/37) war er Mitglied des Komintern, zusammen mit Dimitroff. Der Faschismus konnte die Partei jedoch nicht völlig unterdrücken. So war sie beim Untergang des Faschismus die einzige organisierte Partei und konnte deswegen die Fäden des Widerstands in die Hand nehmen. Das ist der Grund, warum im Widerstand die Kommunisten die führende Rolle spielten, obwohl auch andere Parteien ihre Beiträge leisteten, so die Sozialistische Partei, die liberalen Parteien, die Gruppen der Bewegung „Gerechtigkeit und Freiheit“ und vor allem die Katholiken.

Die Wende von Salerno (1944/45)

1939 war Togliatti als politischer Kommissar in Spanien. Dann kehrte er wieder nach Rußland zurück. Am 27. März 1944 landete er in Salerno. Am 11. April hielt er in Neapel eine bedeutsame Rede, die eine neue Phase in der Geschichte der Partei einleitete. Man spricht von ihr als der „*Wende von Salerno*“.

Togliatti geht von der Voraussetzung aus, daß sich die Kommunistische Partei – die sich von nun an „italienische“ nennt und damit eine nationale Partei sein will – gegenüber der Entstehungszeit und der Periode der Verfolgung grundlegend verändern müsse. Sie „kann nicht mehr eine kleine Vereinigung von Propagandisten der allgemeinen Ideen des Kommunismus und des Marxismus sein, sondern muß eine große Partei werden, eine Massenpartei, die in der Arbeiterklasse ihre entscheidende Macht findet, der sich aber auch die besten Kräfte der avantgardistischen Intellektuellen und der ländlichen Klassen anschließen, so daß sie alle Kräfte und Fähigkeiten besitzt, die notwendig sind, um die großen Arbeitermassen im Kampf für die Befreiung und den Wiederaufbau Italiens zu führen.“ Togliatti schließt jedoch: „Unsere Politik muß so sein, daß sie der Arbeiterklasse und uns allen die für die Lösung der großen und ernststen Probleme des nationalen Lebens jetzt und in Zukunft notwendigen Bündnisse sichert“ (P. Togliatti, *La nostra politica unitaria*, in: *La via italiana al socialismo*, Roma: Editori Riuniti 1964, 41 f.).

Was bedeuten diese Worte? Bei seiner Ankunft in Italien ist Togliatti von zwei Tatbeständen überzeugt, die die anderen nicht sehen – ein Zeichen, daß er ein Politiker von hohem geistigen Niveau ist: 1. Bei der Anwesenheit der amerikanischen Armee in Italien ist eine revolutionäre Machtergreifung unmöglich. Man muß daher einen nicht-revolutionären, friedlichen Weg versuchen: den Weg des Konsenses, der Zustimmung der großen Masse des italienischen Volks. 2. Bei der Gegenwart des Vatikans in Italien und bei der Tatsache, daß in Italien die katholische Kirche ein wichtiger Faktor ist und eine reale politische Macht repräsentiert – die Kommunisten sind Realisten und rechnen mit den realen Kräften; der Katholizismus in Italien ist für sie eine solche

reale Macht mit großem politischen Gewicht –, kann man in Italien nur an die Macht kommen durch ein Bündnis mit der politischen Kraft, die die Katholiken darstellen.

Das heißt mit anderen Worten: In der italienischen Situation ist die Strategie Lenins in Rußland nicht anwendbar. Es muß vielmehr eine neue Partei aufgebaut werden: „Wir wollen eine neue Partei schaffen“ (Togliatti). Diese Partei hat vier Grundsätze. Aus ihnen geht der spezifische Charakter der KPI hervor. Sie zeigen auch, wo und wie weit sie sich von anderen kommunistischen Parteien unterscheidet.

1. Sie darf vor allem keine kleine Partei von Berufsrevolutionären im Sinn Lenins sein, keine kleine Gruppe, die nur das Bewußtsein der Arbeiterklasse repräsentiert. Sie muß vielmehr eine *Massenpartei* sein, die in ihren eigenen Reihen alle Voraussetzungen besitzt, um mit allen Gruppen des italienischen Volks in Kontakt zu kommen. Sie muß Sympathie und Zustimmung nicht nur bei der Arbeiterklasse finden, sondern auch bei den Bauern, den Angestellten, den freien Berufen, den kleinen Unternehmern, den Intellektuellen, dem kleinen und mittleren Bürgertum. Nur das monopolistische Großbürgertum muß ausgeschlossen bleiben. Es handelt sich darum, die Zustimmung der großen Masse der Bürger zu gewinnen, weil es nur auf diesem Weg möglich ist, den Staat friedlich und auf legalem Weg zu erobern.

2. Die KPI muß eine *nationale Partei* sein. Sicher muß sie eine internationalistische Partei bleiben, aber von spezifisch nationalem Charakter. Daher nennt sie sich „Italienische“ Kommunistische Partei. Sie muß sich also vollkommen in die italienische politische und kulturelle Tradition einfügen, muß das Risorgimento weiterführen und zur Vollendung bringen, muß überhaupt die Lösung aller Probleme des Landes in die Hand nehmen. Das heißt, sie muß eine internationalistische und prosovjetsche Partei bleiben, ohne jedoch den Interessen des Landes zu widersprechen.

3. Die KPI will die Macht nicht allein erwerben und ausüben, sondern in einem *Bündnis* mit anderen Parteien, vor allem mit den Sozialisten und den Katholiken. „Unsere Partei muß es uns ermöglichen, immer Seite an Seite mit unseren sozialistischen Freunden und Brüdern zu marschieren . . . Wir dürfen und wollen uns nicht mit den Massen der katholischen Landbevölkerung überwerfen. Wir müssen vielmehr heute und morgen einen gemeinsamen Boden der Verständigung und der Aktion finden“ (Togliatti, a. a. O. 42). In dieser Gruppe von Volksparteien will die KPI jedoch die „hegemoniale“ Kraft sein, die als Avantgarde die führende Stellung innehat. (Nach der Terminologie Gramscis spricht man nicht mehr von Diktatur des Proletariats, sondern von „Hegemonie“.)

4. Die KPI will eine *politische Partei* sein. Sie verlangt von ihren Mitgliedern nicht Zustimmung zur marxistischen Ideologie, sondern zu ihrem politischen Programm. So heißt es schon im zweiten Artikel des Parteistatuts von 1945, daß „der Italienischen Kommunistischen Partei alle beitreten können, die ihr politisches Programm bejahen, unabhängig von ihrer Ideologie, ihrer Religion, ihrer Rasse usw.“ Das bedeutet den Vorrang des politischen Moments vor dem ideologischen, der Praxis vor der Ideologie. Ein wichtiges Dokument von 1965 („Probleme der Einheit der italienischen sozialisti-

schen Arbeiterbewegung“) formuliert: „Wir sind eine politische Partei. Die Zustimmung, die wir wollen und erhalten, ist die Zustimmung zu einem politischen Programm. In der Konsequenz dieses Prinzips suchten und suchen wir den Parteieintritt von Arbeitern und Bürgern, die dem politischen Programm der Partei zustimmen, unabhängig von ihren philosophischen und religiösen Überzeugungen.“

Zum Verständnis dieses Punkts muß jedoch beachtet werden, daß damit die KPI ihre Ideologie nicht aufgibt und nach wie vor eine kommunistische und marxistische Partei bleibt. Luciano Gruppi, einer der bekanntesten „Intellektuellen“ der Partei, sagte dazu, mit diesem Prinzip wolle die KPI unterstreichen, daß der politische Charakter der Partei den Vorrang vor dem ideologischen habe, auch wenn sie diesen nicht aufgebe. In der Tat betont das zitierte Dokument unmittelbar nachher die Herkunft des politischen Programms vom Marxismus: „Dieses politische Programm ergibt sich aus einer Konzeption der Welt, der Beziehungen unter den Menschen, der Wirklichkeit und der Geschichte: dem Marxismus.“ Obwohl sich also die KPI eine politische Partei nennt, verzichtet sie nicht darauf, konsequent und grundsätzlich eine marxistische Partei zu sein.

Der „italienische Weg zum Sozialismus“

Aus diesen Tatsachen und Ideen hat sich allmählich der *„italienische Weg zum Sozialismus“* (*„via italiana al socialismo“*) entwickelt, ein Begriff, den Togliatti prägte und der nach seinem Tod deutlicher erarbeitet wurde. Bei seinem Tod im Jahr 1964 hinterließ Togliatti ein außerordentlich wichtiges Manuskript, das „Memoriale von Jalta“. Aufgrund der in dieser und in anderen Schriften Togliattis enthaltenen Gedanken approbierte das Zentralkomitee im Jahr 1965 das bereits zitierte Dokument „Probleme der Einheit der italienischen sozialistischen Arbeiterbewegung“. Hier ist ausführlicher dargelegt, was der „italienische Weg zum Sozialismus“ bedeutet. Bestätigt und präzisiert werden diese Ausführungen durch die gemeinsamen Erklärungen der KPI mit der Kommunistischen Partei Spaniens vom Juli 1975 und mit der Französischen Kommunistischen Partei vom 15. November 1975. Ähnlich formulierte auch Berlinguer in seiner Rede beim 25. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion am 27. Februar 1976 in Moskau.

Der „italienische Weg zum Sozialismus“ ist demnach der einzige Weg, der den Bedingungen eines Landes mit fortgeschrittenem Kapitalismus wie Italien entspricht. Dieser Weg soll sowohl die sozialdemokratische wie die leninistische Methode überwinden.

In erster Linie geht es der KPI um die Überwindung des sozialdemokratischen Modells. Es ist daher ein Irrtum zu meinen, die KPI sei heute sozialdemokratisch. Sie wollte und will es absolut nicht sein, weil der sozialdemokratische Weg von seinem Wesen her eine Absage an den Sozialismus bedeute. Er sei nicht sozialistisch, sondern

füge sich in die Logik des Neokapitalismus ein. Die Sozialdemokratie sei unfähig, aus den Grenzen des Reformismus auszubrechen. Die KPI hingegen will keine reformistische, sondern eine revolutionäre Partei sein: Sie will nicht, wie die Sozialdemokratie, das Modell der kapitalistischen Entwicklung reformieren, sondern es von innen her verändern, und zwar mit einer Methode, die revolutionär ist, ohne gewalttätig zu sein. Die Revolution besteht also darin, daß sich durch grundlegende strukturelle Reformen qualitative Sprünge zum Sozialismus hin vollziehen, so daß am Ende das kapitalistische System radikal verändert ist und der Kommunismus herrscht, aber ohne Gewalt angewendet zu haben. Der sozialdemokratische Reformismus zielt lediglich auf eine Korrektur der Fehler des Kapitalismus. Der Kommunismus hingegen will das kapitalistische System selbst abschaffen und es durch den Sozialismus ersetzen.

Die KPI will jedoch auch das leninistische Modell der Oktoberrevolution überwinden, weil sich diese Revolution in einem wirtschaftlich und sozial zurückgebliebenen Land ereignete und weil sie in einem Geist des Dogmatismus geschah, der in einer dogmatischen und geschlossenen Konzeption des Marxismus wurzelte. Die KPI hingegen will von einer kritischen Sicht des Marxismus her zum Sozialismus gelangen: der Marxismus müsse für die Korrekturen offen sein, die die neue geschichtliche Situation fordert. Diese Haltung entspricht der marxistischen Konzeption, weil der Marxismus wesentlich eine Praxis ist, und die Praxis kann der Theorie Korrekturen auferlegen.

Der „italienische Weg zum Sozialismus“ ist also ein neuer Weg zwischen dem sozialdemokratischen und dem sowjetischen. Er entspricht nach Meinung der KPI dem fortgeschrittenen Kapitalismus und der demokratischen Struktur mit den tiefgreifenden sozialen, politischen und kulturellen Traditionen, wie es in Italien der Fall ist. Eine solche Gesellschaft, die von Tradition und innerem Aufbau her wesentlich demokratisch-parlamentarisch ist, ertrüge niemals die nichtdemokratische Struktur, die Lenin der Sowjetunion aufzwang.

Zum Verständnis des italienischen Wegs zum Sozialismus sind noch folgende Punkte von Bedeutung.

1. *Zurückweisung der Sowjetunion als Führungsstaat* und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion als Führungspartei. Man will nicht mehr die Weisungen von Moskau und von der Prawda empfangen. Die KPI will eine eigene, originale politische Linie verfolgen, selbstverständlich in der globalen Treue zum proletarischen Internationalismus und in Sympathie für das „erste sozialistische Land“.

2. *Ablehnung des sowjetischen Modells* („wir wollen nicht das machen, was die Sowjets in der UdSSR gemacht haben“) und Kritik einiger „Entartungen“ dieses Modells wie des von Stalin instaurierten Monolithismus, der Versklavung der Kultur, der gewaltsamen Verfolgung der Religion und der Indienststellung der Gewerkschaft.

Demgegenüber will die KPI nicht den Monolithismus, sondern nur den *demokratischen Zentralismus*: In der Partei kann es keine divergierenden Richtungen, keine Gruppen geben; sie kann nie „fraktionistische“ Partei sein. Die Basis kann zwar Ent-

scheidungen anregen. Sie kann und muß die Belange der Partei diskutieren. In letzter Instanz entscheidet jedoch allein die Parteispitze. Wenn sie ihre Entscheidung getroffen hat, müssen sich alle mit blindem Gehorsam danach richten. Sie dürfen nicht nur nicht dagegen handeln, sondern noch nicht einmal anders denken, als die Partei entschieden hat. Sollten sie dies getan haben, müssen sie Selbstkritik üben, weil allein die von der Partei angegebene Linie die rechte Linie ist (leninistisch: die Partei ist die Wahrheit). Wer anders denkt und in seinem Irrtum beharrt, ist ein „Häretiker“. Daher wurden 1972 Rosana Rossanda, Pintor und andere, die nachher das „Manifest“ verfaßten, ausgeschlossen. Es ist nicht so, daß sie Außerordentliches gesagt hätten. Sie meinten lediglich, die politische Linie der Partei sei nicht die richtige, und sie wollten sich als Gruppe konstituieren, um dies zu ändern. Das war eindeutig eine Häresie. Die KPI ist also nicht demokratisch wie die anderen Parteien. Sie hat eine vertikale und stark zentralisierte Struktur. Sie ist überaus einig, aber ihre Einheit geht auf Kosten der innerparteilichen Demokratie.

3. *Ablehnung der revolutionären Gewalt* bei der Erringung und Ausübung der Macht. Die KPI will die Macht erringen und ausüben mit der Zustimmung der großen Masse des italienischen Volks, das heißt auf legalem Weg und mit demokratischer Methode – wobei allerdings diese Zustimmung niemals widerrufen werden kann. Hat die Kommunistische Partei einmal die Macht erreicht, kann sie sie nicht mehr verlieren. Das Motiv ist sehr einfach: Wenn die Klassen beseitigt sind und der Sozialismus herrscht, kann man nicht mehr zurück; es gibt ja keine Klassen mehr, denen an einer Rückkehr zur Vergangenheit läge.

Die demokratische Methode bei der Ausübung der Macht bringt die Möglichkeit eines *Pluralismus* politischer Kräfte mit sich. Die Klasse der Arbeiter umfaßt nicht nur die Arbeiter im strengen Sinn, sondern auch die Bauern, die freien Berufe, die kleinen Unternehmer, die Intellektuellen, die Künstler. In dieser „Arbeiterklasse“ im weiteren Sinn können sich politische Parteien bilden. Es sind jedoch nie bürgerliche Parteien, sondern immer Klassenparteien. Unter diesen „sozialistischen“ Parteien kann eine Dialektik in Gang kommen, in der die einen an die Macht kommen und andere zur Opposition wechseln. Auch die Kommunistische Partei könnte in die Opposition gehen, nachdem sie an der Macht war, stets jedoch unter der Bedingung, daß keine Parteien der bürgerlichen Klasse an die Macht gelangen. In einem solchen Fall müßte sich die KPI auch mit Gewalt widersetzen. Eine Rückkehr der Bourgeoisie an die Macht kann sie nicht gestatten. Die KPI läßt also eine Pluralität politischer Kräfte und einen Machtwechsel unter diesen zu, aber innerhalb der Arbeiterklasse. Ihre Machterringung ist definitiv.

In diesem Sinn weist man die Diktatur des Proletariats zurück. Die italienische Kommunistische Partei beansprucht jedoch eine moralische, kulturelle und politische „*Hege-monie*“ über alle anderen Klassenparteien, weil sie sich als höchste Form des Klassenbewußtseins versteht.

4. *Freiheit der Kultur*. Man verlangt nicht, daß sich der kulturelle Bereich in den

Dienst des Regimes stellt. Die Kultur soll sich in ihrer schöpferischen und kritischen Funktion ungehindert entfalten. Das schafft sicher Probleme und kann Gefahren entstehen lassen. Die KPI ist sich dessen bewußt. Sie glaubt trotzdem, den Intellektuellen einen sehr weiten Freiheitsraum lassen zu müssen.

5. *Religionsfreiheit*. Der Staat, den die italienischen Kommunisten schaffen wollen, soll ein weltlicher, aber kein atheistischer Staat sein. Der Kampf gegen die Religion ist unerläßlich, weil für den Kommunismus die Religion immer ein unwissenschaftliches Faktum, also Aberglaube ist. Aber diesen Kampf soll nicht die Polizei des Staats führen, sondern die freie Auseinandersetzung von Atheismus und Religion. Selbstverständlich wird der Atheismus siegen, weil die Wissenschaft gegenüber dem Aberglauben prinzipiell recht behält und ihn daher überwindet. Aber er wird siegen aufgrund seiner Stärke und seiner Überzeugungskraft, nicht weil ihn der Staat mit seinen Gesetzen und mit seiner Polizei durchsetzen will.

Der „italienische Weg zum Sozialismus“ bedeutet also die Zurückweisung eines einzigen revolutionären Modells, das für alle Länder gültig wäre. Man lehnt die Idee einer „exportfähigen“ Revolution ab. Stalin sagte: Was wir in der Sowjetunion getan haben, gilt für alle Länder und muß sich in allen Ländern wiederholen. Die KPI will demgegenüber einen eigenständigen Kommunismus schaffen, der für ein Land gültig ist und nicht für andere. Man bejaht den *Polyzentrismus*, d. h. die Möglichkeit verschiedener eigenständiger Modelle des Kommunismus. Der italienische Kommunismus gilt für die Gesellschaft eines fortgeschrittenen Kapitalismus und einer demokratisch-parlamentarischen Tradition. Für nichtkapitalistische Länder ist dieses Modell nicht anwendbar.

Von daher ergibt sich für die KPI die Möglichkeit, den sowjetischen Kommunismus zu kritisieren, gleichzeitig aber mit der Sowjetunion in freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben und anzuerkennen, daß dort eine neue, menschlichere und gerechtere Gesellschaft verwirklicht worden sei.

Im einzelnen kritisiert die KPI den sowjetischen Kampf gegen die Religion. Als 1964 in einem sowjetischen Dokument behauptet wurde, die Religion sei ein unwissenschaftlicher Aberglaube, die Kommunistische Partei müsse sie deswegen gewaltsam bekämpfen, und mit dem Sieg des Kommunismus sei sie auf jeden Fall verschwunden, widersprach Togliatti: „Nein, wir wollen die Religion nicht mit Gewalt bekämpfen“; die Religion habe tiefere Wurzeln als rein ökonomische; mit der Änderung der ökonomischen Grundlagen werde sie daher nicht von selbst verschwinden (Memoriale von Jalta).

Im Unterschied zur Sowjetunion will die KPI ferner die Autonomie der Gewerkschaft wahren. Auch die Gewerkschaften kämpfen zwar für eine neue, sozialistische Gesellschaft. Aber in ihrer Aktion müßten sie selbständig bleiben. Dazu muß man freilich bemerken, daß zum Beispiel die der Christlich-Demokratischen Partei (Democrazia Cristiana) nahestehende Gewerkschaft CISL von dieser Partei weitgehend unabhängig ist. Die CGIL hingegen ist so eng mit der KPI verbunden, daß die einfluß-

reichsten Spitzenpositionen immer von aktiven Parteimitgliedern besetzt sind. In der Praxis hat deswegen die KPI einen kaum zu überschätzenden Einfluß auf die Gewerkschaft.

Die KPI und die Katholiken

Es war eine konstante politische Linie der KPI, die Begegnung mit den Katholiken zu suchen. Bei dem großen Einfluß der Kirche auf die ländlichen Massen, vor allem im Süden Italiens, war schon Gramsci der Meinung, die Kommunistische Partei könne diese Tatsache nicht ignorieren und müsse deswegen ein Bündnis mit dem Vatikan und mit der katholischen Landbevölkerung suchen.

Togliatti nahm diese Idee auf und entwickelte sie weiter. In einer außerordentlich wichtigen Rede forderte er am 9. Juli 1944 im Teatro Brancaccio in Rom die Aktionseinheit mit den von der Democrazia Cristiana repräsentierten Katholiken: „Wir wollen die Aktionseinheit mit den katholischen Massen. Wir wissen, daß in der Vergangenheit Gegebenheiten pädagogischer und organisatorischer Art diese Aktionseinheit verhindert haben. Wir haben bis jetzt alles Nötige getan, um diese Hindernisse auszuräumen. Vor allem haben wir erklärt, und ich wiederhole diese Erklärung heute in Rom, der Hauptstadt der katholischen Welt, daß wir den katholischen Glauben, den traditionellen Glauben der Mehrheit des italienischen Volks, respektieren. Wir respektieren diesen Glauben und verlangen einzig von den Repräsentanten des katholischen Glaubens, daß auch sie unseren Glauben und unsere Symbole, unsere Fahnen respektieren. Wir wissen, daß in diesem gegenseitigen Respekt unserer Prinzipien die Möglichkeiten eines breiten Einverständnisses für eine wirtschaftliche, politische und soziale Aktion gegeben sind, die die Grundlagen eines demokratischen Italien legen und das Leben unseres Landes tiefgreifend versittlichen kann, indem den plutokratischen Gruppen, die den Ruin und die Katastrophe Italiens verursacht haben, vollständig das Rückgrat gebrochen wird.“

Diese Politik der „ausgestreckten Hand“ kam in eine sehr schwierige Phase, als sich im Jahr 1947 der große Bruch mit der Democrazia Cristiana (DC) ereignete und der Kampf „Mauer gegen Mauer“ zwischen katholischer Kirche und Kommunismus begann, der im Exkommunikationsdekret vom 1. Juli 1949 seinen Höhepunkt fand. Dennoch gab Togliatti auch in diesen Jahren seine Idee einer Begegnung von KPI und Katholiken nicht auf. 1954 schlug er den Katholiken vor, die drohende Gefahr eines Atomkriegs durch ein Bündnis abzuwenden. Er bekräftigte diese Idee in einer anderen großen Rede im Jahr 1963 in Bergamo, ein Jahr vor seinem Tod. Jeden Kompromiß der Ideologien wies er zurück. Es gebe jedoch gemeinsame Ziele, für die Katholiken und Kommunisten zusammenarbeiten könnten. Er bestätigte dann auch die These, die der 10. Kongreß der KPI im Jahr 1962 approbiert hatte.

Diese These, deren Annahme Togliatti gegen die Opposition einer Reihe von Delegierten durchgesetzt hatte, hieß: „Heute handelt es sich nicht allein um die Über-

windung der Hindernisse und der Partikularismen, die eine Zusammenarbeit der sozialistischen und der katholischen Kräfte verhindern, um schneller und unmittelbarer wirtschaftliche und politische Erfolge zu erreichen. Man muß begreifen, wie das Streben nach einer sozialistischen Gesellschaft nicht nur Menschen, die einen religiösen Glauben haben, erfassen kann, sondern wie dieses Streben in einem religiösen Bewußtsein gegenüber den dramatischen Problemen der heutigen Welt einen neuen Antrieb finden kann.“

Nach der Lehre von Marx, Engels und Lenin ist die Religion ein in ihrem Wesen entfremdender und betäubender Überbau und daher untauglich, zum revolutionären Kampf für eine Änderung der ökonomischen Struktur anzuspornen. Im Gegensatz dazu behauptet die These der KPI, daß das Streben nach einer sozialistischen Gesellschaft durchaus in einem religiösen Bewußtsein Platz greifen kann, so daß es möglich ist, daß Christen dem Sozialismus angehören. Darüber hinaus könne jedoch der christliche Glaube selbst die Christen dazu antreiben, sich in revolutionärer und gesellschaftsverändernder Aktion für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft einzusetzen. Die These bedeutet also eine Neubewertung der Religion.

Als Folge ergibt sich für die Kommunisten die Möglichkeit einer Annäherung und einer Zusammenarbeit von Katholiken und Kommunisten für eine sozialistische Gesellschaft. Zwischen dem Sozialismus und dem religiösen Bewußtsein herrscht in dieser Sicht kein radikaler und absoluter Gegensatz mehr; die Religion enthält vielmehr Werte, die zum Sozialismus führen können.

Auf dieser Grundlage löste im Jahr 1964 der „Dialog“ die Konfrontation „Mauer gegen Mauer“ ab. Ein Zeichen dieser Wende war das von dem Katholiken Mario Gozzini herausgegebene und von fünf Katholiken und fünf Kommunisten verfaßte Buch „Il dialogo alla prova“, das 1964 erschien. Man muß jedoch anmerken, daß für die Katholiken der Dialog ein kulturelles Ziel hat, nämlich die Möglichkeit einer gegenseitigen Bereicherung von Kommunismus und Christentum und eines besseren gegenseitigen Verständnisses auf der Ebene der jedem Partner eigenen Werte. Die Kommunisten hingegen verstehen den Dialog politisch. Sie wollen durch den Dialog zur Verständigung und zur Zusammenarbeit auf der politischen Ebene gelangen. Dadurch erhält der „Dialog“ von Anfang an einen doppelten Sinn. Man gelangt schließlich an einen Punkt, an dem man die Nutzlosigkeit einer weiteren Fortsetzung des Dialogs feststellt und es dann für notwendig hält, zur gemeinsamen Aktion überzugehen.

Daher ließen die Kommunisten auf den „Dialog“ den Vorschlag des „historischen Kompromisses“ (*„compromesso storico“*) folgen. Dieser Begriff besagt, daß die Kommunisten statt der „Volksfront“ den „historischen Kompromiß“ wollen. In der Volksfront sollten die Kommunisten den Vorrang haben. In ihrer Hand sollte die Führung der revolutionären Bewegung liegen. Die anderen hatten lediglich eine helfende und mitarbeitende Rolle. Im historischen Kompromiß hingegen („historisch“ bedeutet „strategisch“ im Unterschied zu „taktisch“) stünden Katholiken, Sozialisten und Kom-

munisten auf gleicher Ebene. Es wäre ein „Kompromiß“, weil jede an dem Bündnis beteiligte Kraft Opfer brächte und den anderen Zugeständnisse machte.

Die Idee des historischen Kompromisses formulierte als erster Luigi Longo auf dem Kongreß von Rom 1966, damals unter dem Namen „historischer Block“. Den Begriff „historischer Kompromiß“ verwendete Berlinguer auf den Kongressen von Bologna (1969) und Mailand (1972) sowie in seinem Artikel „Alleanze sociali e schieramenti politici“ (in der Zeitschrift „Rinascita“ vom 12. Oktober 1973). Unter dem Eindruck des Sturzes der Allende-Regierung in Chile durch einen Militärputsch am 11. September 1973 brachte Berlinguer von neuem und mit großem Nachdruck den „historischen Kompromiß“ zur Sprache.

Der neue Vorschlag Berlinguers enthält zwei Eingeständnisse. Zunächst gibt er zu, daß in Italien die Kommunistische Partei auf revolutionärem Weg nicht an die Macht kommen kann. Das wurde vorher nie ausdrücklich gesagt. Jetzt formulierte es Berlinguer in aller Deutlichkeit. Einige Parteimitglieder, so klagte er, seien sich noch heute nicht im klaren, daß eine revolutionäre Machtergreifung durch die KPI in Italien „aus verständlichen Motiven“ nie möglich war.

Weiter gesteht Berlinguer ein, daß die DC in weitem Maß die Katholiken des Landes repräsentiert und daß sie tiefe, ausgedehnte Wurzeln im italienischen Volk hat. Daraus folgt für ihn, daß eine Begegnung mit den Katholiken nur eine Begegnung mit der DC sein kann, und zwar nicht mit einem Teil, sondern mit der ganzen Partei. Auch diese Aussage war einigermaßen neu. Sie wollte eine Polemik beenden, die in der KPI über die Frage entstanden war, ob man sich nur mit dem linken Flügel der DC (These von Ingrao) oder mit der gesamten Partei verbünden solle. Berlinguer wählte die zweite Alternative in der Überzeugung, daß der „historische Kompromiß“ nur Sinn hat, wenn er mit der ganzen DC zustande kommt.

Er stützte seinen Vorschlag auf folgende Gründe. Eine Minderheit wie die KPI und auch eine Mehrheit von kaum 51 Prozent sei nicht stark genug, um die notwendigen tiefgreifenden Veränderungen ins Werk zu setzen und um die Reformen durchzuführen, die nicht nur einige Fehler des jetzigen Systems korrigieren, sondern es radikal ändern müßten. Zu einem solchen Erneuerungswerk brauche man die Zustimmung möglichst aller politischen Kräfte – mit Ausnahme der Faschisten –, also auch der DC mit ihrer tiefen Verwurzelung im Volk und mit ihrer starken Gefolgschaft in den Mittelschichten. Auch wenn einmal die linken Parteien (Kommunisten und Sozialisten) 51 Prozent der Stimmen erreichten, würde die KPI die „sozialistische Alternative“ (eine Regierungskoalition von Kommunisten und Sozialisten mit der DC in der Opposition) vermeiden und ihren Vorschlag des historischen Kompromisses aufrechterhalten. Sonst bestünde auch in Italien die Gefahr eines Putsches wie in Chile, wo die Regierung Allende nur deswegen hätte gestürzt werden können, weil zwischen der chilenischen Christlich-Demokratischen Partei und der „Unidad popular“ Allendes keine Übereinstimmung herrschte.

Sind Kommunismus und Demokratie vereinbar?

Unterscheidet sich also die KPI wirklich von anderen kommunistischen Parteien? Die Antwort ist nicht leicht. Gewiß gibt es große Unterschiede. So behauptete die Prawda vor kurzem, nach der Lehre Lenins könne der Kommunismus nur auf revolutionärem Weg zur Macht kommen. Die italienischen Kommunisten erlügen einem schweren Irrtum, wenn sie meinten, auf friedlichem und legalem Weg die Macht erlangen zu können, und wenn sie aus solchen Gründen das Verhalten der portugiesischen Partei kritisierten. Solche und andere Unterschiede zwischen der KPI und der sowjetischen Kommunistischen Partei dürfen nicht übersehen werden.

Die Verschiedenheit liegt aber nicht darin, daß die KPI die Ideologie des Marxismus aufgegeben hätte. Sie will eine marxistisch-leninistische Partei sein. Der Marxismus ist für sie die eigentliche Grundlage ihres Lebens und ihrer Aktion. Auch wenn es heißt, die einzige Bedingung der Mitgliedschaft sei die Annahme des politischen Programms, so fügt doch Artikel 5 des Statuts hinzu: „Jedes Parteimitglied hat die Pflicht, die Kenntnis des Marxismus-Leninismus zu erwerben und zu vertiefen und die Lehren in der Lösung der konkreten Fragen anzuwenden.“ Also muß auch ein katholisches Parteimitglied, wenn es dem Statut treu bleiben will, die Lehre von Marx und Lenin in den konkreten Fragen anwenden.

Außerdem hat die KPI nicht nur die marxistische Ideologie nicht aufgegeben, sie hat auch den Leninismus als politische Methode nicht zurückgewiesen. Das heißt, sie bleibt eine grundlegend leninistische Partei, sowohl in ihrer inneren Struktur, dem demokratischen Zentralismus, wie auch in der Methode der Machterringung. Gewiß will die KPI auf legalem und friedlichem Weg zur Macht kommen. In diesem Punkt distanziert sie sich von Lenin, nach dessen Meinung eine kommunistische Partei nur mit Gewalt die Macht erlangen könne. Aber die KPI sagt in aller Deutlichkeit, sie würde zur revolutionären Gewalt greifen, wenn die herrschenden Kräfte der Bourgeoisie versuchten, sie mit Gewalt oder mit irgendeiner anderen Methode auf ihrem Weg an die Macht zu hindern.

Aus diesem Grund bleibt die KPI eine prinzipiell marxistische und leninistische Partei und will dieser Tradition treu bleiben. Sie wählte lediglich einen neuen Weg, den „italienischen Weg zum Sozialismus“. Von daher stellt sich die Frage: Ist es nur eine taktische, also vorübergehende Entscheidung, die konkreten Notwendigkeiten folgt und von der Tatsache aufgezwungen wird, daß es keinen anderen Weg gibt, um den Kommunismus im Westen zum Sieg zu führen, oder ist es eine strategische Entscheidung, die ein für allemal getroffen wurde in der Überzeugung, daß die Demokratie, gewiß korrigiert und befreit von ihren derzeitigen Mängeln, ein absoluter Wert ist, auf den der Sozialismus nicht verzichten kann, weder bei der Erringung noch bei der Ausübung der Macht? Das gesamte Problem des italienischen und westlichen Kommunismus liegt hier.

Die italienischen Kommunisten behaupten, es handle sich um keine „taktische Posi-

tion“, sondern um eine „strategische Überzeugung“. Mit diesem Begriff meinen sie jedoch nicht dasselbe wie die Nichtkommunisten; denn die Entscheidung für einen demokratischen Weg zum Sozialismus „ergibt sich aus den Analysen der objektiven und spezifischen historischen Bedingungen des jeweiligen Landes und aus der Reflexion über die Gesamtheit der internationalen Erfahrungen“ (gemeinsame Erklärung der KPI und der Französischen Kommunistischen Partei vom 15. November 1975).

Es ist demnach eine Entscheidung, die von der historischen Situation Italiens aufgelegt wurde, also eine „taktische“ Entscheidung: Sie ist nicht gut in sich selbst, aber gut für Italien. Für andere Länder, unter anderen historischen Bedingungen, könnte die Wahl eines „nichtdemokratischen“ Wegs zum Sozialismus wirksamer sein. In einem solchen Fall hätten die italienischen Kommunisten nichts einzuwenden. Das ist auch das Motiv, warum die KPI trotz ihrer Abweichung von den in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Ländern gebrauchten Methoden diese Methoden nie eindeutig verurteilt hat. Jede kommunistische Partei muß den – demokratischen oder nichtdemokratischen – Weg wählen, der den historischen Bedingungen, in denen sie arbeitet, am besten entspricht.

Wahrscheinlich können die Kommunisten über eine solche Position nicht hinausgehen. Sie sind Marxisten, also Historisten. Für sie gibt es keine absoluten, sondern nur historische Werte, die in bestimmten Situationen gelten. Es ist in jedem Fall klar, daß die demokratische Option für sie nicht den absoluten Wert hat, den sie für den besitzt, der nicht historisch denkt.

Das eigentliche Problem liegt nicht in Begriffen, sondern in der Substanz: Sind marxistisch-leninistischer Kommunismus und Demokratie vereinbar oder widersprechen sie sich? Diese Frage wird heute in Italien von Sozialisten und Kommunisten heftig diskutiert. Die Diskussion brachte jedoch bis jetzt noch keine nennenswerten Resultate in dem Sinn, daß man sähe, wie ein wirtschaftlicher Kollektivismus mit echt demokratischen politischen Formen vereinbar sei, nämlich mit der Erhaltung der repräsentativen Demokratie, wenn auch vielleicht korrigiert mit Elementen einer „direkten“ Demokratie. Wenn es heißt, man bejahe die repräsentative Demokratie als eine „politische Übergangsform“ zu einer „höheren Phase der Demokratie und der Freiheit“ (Erklärung der italienischen und französischen Kommunisten), dann stellt sich die Frage, ob die repräsentative Demokratie nicht dazu bestimmt ist, eines Tages zu verschwinden.

Die derzeitigen Diskussionen über die Vereinbarkeit von marxistisch-leninistischem Kommunismus und Demokratie sind sicher interessant und müssen mit Aufmerksamkeit verfolgt werden. Es bleibt jedoch eine entscheidende Tatsache: Überall, wo sich bisher der Kommunismus durchgesetzt hat, wurde die Demokratie zerstört. Der Kommunismus kam zur Herrschaft in verschiedenartigen Ländern, in verschiedenen Epochen, auf den verschiedensten Wegen, unter verschiedenartigen, ja gegensätzlichen historischen Bedingungen. Immer jedoch und in jedem Fall hat er die Demokratie unterdrückt.

Das bedeutet, daß der Widerspruch zwischen Kommunismus und Demokratie nicht zufällig oder unwesentlich, sondern struktureller Natur ist. Solange der Kommunismus marxistisch und leninistisch bleibt, solange er also seine grundlegenden Thesen nicht radikal ändert, ist er mit der Demokratie unvereinbar. Es handelt sich hier nicht darum, der Ehrlichkeit und dem guten Willen der Kommunisten Italiens und anderer Länder zu glauben oder nicht zu glauben. Sie können es durchaus ehrlich meinen, wenn sie von ihrem Willen zu einem demokratischen und pluralistischen Weg zum Sozialismus sprechen. Aber solange sie Marxisten und Leninisten bleiben, das heißt, solange sie nicht ganz radikal ihre Ideologie in Frage stellen, kann man kein Vertrauen in sie haben. Das „System“ wird stärker sein als ihr guter Wille und ihre guten Absichten.

Wie viele Gründe zur Besorgnis es gibt, zeigt im übrigen ein Blick auf die kommunistischen Regionen Italiens. Obwohl die KPI mit anderen Parteien Koalitionen bildet, übt sie weithin, wenn auch verschleiert, eine Diktatur aus. Wer nicht Mitglied der Partei ist, hat kaum eine Möglichkeit voranzukommen. Die KPI bemüht sich dort außerdem, sämtliche Positionen zu besetzen, so daß für Nichtkommunisten fast kein Platz mehr bleibt.

Auf der anderen Seite beobachtet man, wie – ungeachtet des Respekts gegenüber der Kirche, den man im Mund führt – in diesen Regionen die Kirche im Bereich der Schulen, der sozialen Einrichtungen und der Krankenhäuser Schritt für Schritt zurückgedrängt wird. Die Ordensschwestern werden systematisch aus diesen Institutionen entlassen, weil, wie es offen in Umbrien hieß, „sie etwas lehren, was die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr teilt“.

Diese Fakten müssen bei den Katholiken Besorgnis auslösen und rechtfertigen die Stellungnahmen italienischer Bischöfe, so vor allem der Kardinäle Pellegrino (Turin) und Poletti (Rom). Der Bischof von Gubbio und Città di Castello (Umbrien), Pagani, faßt in seinem Hirtenbrief über die kommunistische Frage das Problem treffend zusammen: „Im Konkreten können wir bei der Kommunistischen Partei ihre soziale Bedeutung anerkennen, die kulturelle Intensität, ihr pädagogisches Bemühen um eine Beteiligung des Volks, ihre organisatorische Kraft usw.; wir können jedoch in aller Deutlichkeit beweisen, daß diese Kommunistische Partei, heute, bei den konkreten Erfahrungen mit ihr, mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar ist.“